

Warum wählt die LINKE im Stadtrat eigentlich erklärte Privatisierer wie Ecker oder Ullrich?!

Ein Kommentar zur Referentenwahl

Nach der Wahl der letzten städtischen Referenten durch den Stadtrat steht fest, dass die neue Regierungsmannschaft in Augsburg rein männlich ist. Es gibt keine Bürgermeisterin und keine einzige Referentin. Dabei wollte die CSU-Führung und Pro Augsburg wenigstens im Schulreferat eine weibliche Doppelspitze. Das Schulreferat sollte extra geteilt werden, damit man zwei Frauen unterbringt ohne noch ein anderes Referat an eine Frau vergeben zu müssen. Für die CSU-Führung war es ein Eklat, dass trotz einer vorgeschalteten Probeabstimmung sehr wahrscheinlich drei Mitglieder der CSU-Fraktion ausscherteten und mit SPD, Grünen und Linken gegen Claudia Eberle (CSU) und Alexandra Brumann (parteilos) stimmten.¹ Gewählt wurde – auch mit den Stimmen der Linken – Hermann Köhler (CSU), auf den sich die Opposition als Gegenkandidaten verständigt hatte.

Das bedeutet verschiedenes. *Erstens*: Vielleicht war es der LINKEN nicht bewusst, dass sie damit die letzten beiden Frauen aus der Stadtregierung kickten aber es passt eigentlich ins Bild bei der Augsburger Linkspartei, die schon bei ihrer Gründungsversammlung entgegen der allgemeinen Empfehlungen der Partei die Quotierung aufhob und im Stadtrat auch nur mit zwei Männern vertreten ist. Dabei wäre die zweite vorgesehene Referentin, Frau Brumann, sogar parteilos gewesen.

Wenn Matthias Strobel von den Grünen der CSU nun in einem Leserbrief vorhält, sie hätte es selbst zu vertreten, dass sie nur mit Männern dastehe, so ist das doch ein etwas fades Argument: „Aber dass OB Kurt Gribl und Bernd Kränzle nun nur mit Männern dastehen, haben sie sich und ihrer dilettantischen Vorgehensweise zuzuschreiben. Es ist enttäuschend, wenn Gleichstellungspolitik in einer so großen Stadt faktisch nicht stattfindet.“² Eigentlich haben ja auch die Grünen gegen die Wahl der beiden Frauen mobilisiert, vor allem gegen Frau Eberle, die man für dieses Amt – auch auf Grund ihres Bewerbungsschreibens bei der Auswahlkommission – für nicht geeignet hielt. Mit Frau Eberle wäre eine selbständige Unternehmensberaterin und gelernte Diplomökonomin ins Schulreferat gelangt.³

Zweitens: Eigentlich erfreulich ist bei dem Vorgang, dass offensichtlich von Anfang an im neuen Stadtrat eine Zusammenarbeit der Opposition bis hin zu gemeinsamen Absprachen für das Verhalten bei Abstimmungen möglich ist, einschließlich der LINKEN. Das dürfte von bürgerlichen Kreisen wohl registriert worden sein.

Drittens: Die Verständigung von SPD, Grünen und LINKEN auf Hermann Köhler als Schulreferenten

¹ Die Augsburgische Allgemeine schreibt: „Eine zweite Runde musste entscheiden: Jetzt kam Köhler auf 30 Stimmen, die Frauen auf 29. Die Rechnung ist trotz geheimer Wahl einfach: SPD (19), Grüne (6) und Linke (2) dürften für Köhler votiert haben, die drei restlichen Stimmen müssen von CSU oder Pro Augsburg gekommen sein.“ AZ 27.6.2008 Da es im zweiten Wahlgang keine ungültigen Stimmen und keine Enthaltungen gab (wir entnehmen das der Berichterstattung der Augsburgischen Allgemeinen), steht also fest, dass die beiden Stadträte der LINKEN sich an der Wahl beteiligten. Es ist stark anzunehmen, dass sie mit SPD und Grünen zusammen glaubten, den Vorschlag der CSU-Fraktionsleitung mit einem Gegenkandidaten kontern zu müssen.

² AZ 1.7.2008

³ Auf einer einschlägigen Webseite gibt Frau Eberle ihre Interessen u.a. an mit CRM. CRM ist Customer Relationship Management, was etwa Management von Kundenbeziehungen bedeutet. Als ihre Organisation ist angegeben: Club der Altstipendiaten der Hanns-Seidel-Stiftung, CSU.

http://www.xing.com/profile/Claudia_Eberle

Ihre Diplomarbeit lautet: „Konzipierung und Erstellung eines Tools zur Unterstützung der QFD-Vorgehensweise bei Entwicklungsprojekten mit hohem SW-Anteil“ http://www.informatik.uni-augsburg.de/lehrstuehle/dbis/pmi/students/theses/_organisation_folder_for_finished_current_thesis/_theses_current_finished/1999-1_eberle/

Als Referenzen gibt sie Arbeiten für Kleindienst Datentechnik und Soluzione Script GmbH an. http://bimpress.de/fileadmin/images/bimpress/carchiv/BIMPRESS_Referenzen_CE.pdf

war nicht reine Taktik um die CSU zu spalten. Offensichtlich sprachen auch inhaltliche Gründe und Erfahrungen mit Herrn Köhler eine Rolle, die hauptsächlich aus der Zeit stammen, als Köhler Leiter des Staatlichen Schulamts war. Die Zusammenarbeit mit dem früheren Schulreferenten Sieghard Schramm (SPD) gerade im Ganztagsbereich soll gut gewesen sein.⁴ Die neuen Reformschulen Drei-Auen und Westpark habe er ebenso unterstützt wie die Schulsozialarbeit und das Projekt Werkstattschule. Die Grünen und die SPD hoffen, dass Herr Köhler in dieser eingeschlagenen Richtung weiter machen wird.

Viertens: Davon abgesehen ist Hermann Köhler natürlich nicht unproblematisch, vor allem, wenn der Wind jetzt von Gribl und Kränzle her weht und der Einfluss von Sieghard Schramm fehlt. Hermann Köhler hat seit 20 Jahren das Parteibuch der CSU und ist als Gemeinderat von Adelsried auch aktiver CSU-Politiker. Zur Zeit arbeitet er bei der Regierung von Schwaben als Sachgebietsleiter für Volksschulen, wo er für 10.000 Lehrer aller Volksschulen zuständig ist. In der Augsburger Allgemeinen war nun zu vernehmen, dass Herr Köhler „auf Schule als Gemeinschaftsaufgabe von Lehrern, Eltern und Firmen“ setzt.⁵ Sie/Ihr haben/t richtig gelesen, Herr Köhler hält die Schule nicht für eine Gemeinschaftsaufgabe von Lehrern, Eltern und *Schülern*, sondern von Lehrern, Eltern und *Firmen*!

Eigenartig. Immerhin schrieb Hermann Köhler der Westpark-Schule Vorbildcharakter zu, mit einem von Prof. Wiater propagierten Konzept, das „die Autonomie der Kinder, ihre Selbstständigkeit, ihre Eigenverantwortlichkeit, ihre Selbstregulation und ihre Selbstreflexion fördern“ soll.⁶

Immerhin, Voraussetzung für einen Schulamtsleiter ist: „er muss in verantwortungsvoller Position an einer Volksschule gewirkt und sich besonders hervorgetan haben“.⁷ Damit ist Herr Köhler wenigstens vom Fach und hat sich wohl in der Praxis bewährt. Frau Rose-Marie Kranzfelder-Poth, die es ursprünglich auch auf den Posten der Schulreferentin hinzog, blieb uns wenigsten erspart.

Auch bei der Wahl des Wirtschaftsreferenten hat die LINKE mitgestimmt. Hier gab es eine taktische Absprache zwischen SPD und Grünen, in die auch die LINKE einbezogen war. Man wollte verhindern, dass der von OB Gribl favorisierte Andreas Bubmann im ersten Wahlgang gewählt wurde und vereinbarte, die Stimmen aufzuteilen auf Gerhard Ecker (parteilos) und Volker Ullrich (CSU). Die beiden Stadträte der LINKEN haben also entweder für Ullrich oder für Ecker gestimmt. Die Taktik ging nicht auf, Ecker (12 Stimmen) und Ullrich (16 Stimmen) unterlagen Andreas Bubmann, der im ersten Wahlgang 31 Stimmen erhielt. Der Vater von Andreas Bubmann, der Augsburger Pastor

⁴ Dafür spricht auch die Aussage von Sieghard Schramm: „Wir brauchen Ganztagsangebote in allen Stadtteilen und grundsätzlich auch in allen Schularten, um Schüler/innen bessere Lernbedingungen zu verschaffen und die Eltern zu entlasten.“ In dieser Einschätzung ist sich Schramm auch mit dem Leiter des Staatlichen Schulamt, Hermann Köhler, einig, wie in der letzten Schulausschuss-Sitzung des Stadtrats deutlich wurde. Aus: *Ganztagschule in allen Stadtteilen, Presseerklärung der Stadt Augsburg vom 12. Oktober 2007*

⁵ AZ 28.6.2008

⁶ Wie Prof. Wiater in seinem Konzept schreibt, soll die neue Grundschule „die Autonomie der Kinder, ihre Selbstständigkeit, ihre Eigenverantwortlichkeit, ihre Selbstregulation und ihre Selbstreflexion fördern“. Anders gesagt: Sie zu verantwortungs- und selbstbewussten jungen Menschen erziehen. Als Mittel hierfür sieht er Unterricht, der nicht immer nur auf die Jahrgangsstufen beschränkt sein muss, sowie Lehrer, die es verstehen, Leistungsangst der Kinder abzubauen. Immer im Hinterkopf bleibt dabei das Wissen, dass die Westpark-Grundschule eine multikulturelle Schule sein wird. „Deshalb ist für Kinder mit Migrationshintergrund und für gering sprachkompetente Kinder deutschsprachiger Eltern Sprachförderung besonders wichtig“, so die Studie. Die Kooperation mit der Universität soll weitergehen, wenn die Schule bereits in Betrieb ist. Lehrer können sich fortbilden, Studenten Erfahrung sammeln.

Mit der Regierung von Schwaben wurde das Konzept bereits erörtert, jetzt folgt der Gang zum Kultusminister. „Und ich bin überzeugt, dass ihm das Konzept gefallen wird“, sagte Sieghard Schramm. Schulamtsleiter Hermann Köhler schreibt der Westpark-Schule Vorbildcharakter zu. Aus: *Die Uni ist mit im Boot – Konzept für Schule auf Sheridan-Gelände entwickelt AZ vor Ort 11.5.2006*

⁷ http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Lokales/Augsburg-Stadt/Uebersicht/Artikel,-Doppelpack-im-Schulreferat-sorgt-fuer-Diskussion-_arid,1206274_regid,2_puid,2_pageid,4490.html

Johannes Bubmann, hatte übrigens das Motto "Betet ohne Unterlass" 1. Thess 5,17. Allein deswegen dürfte sein Sohn allerdings nicht vorgeschlagen worden sein. Herrn Andreas Bubmanns Bereitschaft nach Augsburg zurückzukehren, dürfte damit zusammenhängen, dass es in Bamberg inzwischen einen SPD-Oberbürgermeister gibt und sein Vertrag als Finanz- und Wirtschaftsreferent nur noch bis nächstes Jahr läuft. Die Bamberger SPD hat sich inzwischen für eine Zerschlagung des Superreferats ausgesprochen, weil es unproduktiv sei.

Interessant ist, wie der Vorschlag der CSU zustande kam. Mithilfe einer geheimen „Expertenkommission“ schaltete der OB die Fraktion aus, was sowohl in der CSU-Fraktion als auch in der Öffentlichkeit nicht gut ankam. Wie sah diese Kommission im Falle des Wirtschaftsreferats aus? Auf Druck gab der OB die Namen hinterher preis: Peter Saalfrank (IHK-Hauptgeschäftsführer), Ulrich Wagner (Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer), Erich Vorwohlt (Einzelhandelsverband und Chef des Modehauses RübSamen), Bertram Brossardt (Vereinigung der bayerischen Wirtschaft). Es ist schon nett: die Spitzen der Wirtschaftsverbände wählen unter 40 Bewerbern ihren Mann aus und der wird dann von CSU und Pro Augsburg als Wirtschaftsreferent bestätigt. Da könnten die Unternehmer doch gleich selbst ihre Leute in der Stadtregierung bestimmen.

Herr Ullrich ist allein als Vorsitzender der Jungen Union schon vorbelastet. Die Junge Union ist eine Organisation, die für junges, ungezügelteres Hardliner-Unternehmertum und Deutschnationalismus steht und auf deren Kongressen sich die Unionsprominenz, wie z.B. die Kanzlerin, rechtfertigen muss wegen ihrer zu „moderaten“ Politik.

Typischerweise hat sich Volker Ullrich schon im Wahlkampf mit dem OB-Kandidat Gribl angelegt, der vertrat „dass die Politik der SPD unsere Stadt in Abgründe führen wird, die sich niemand vorstellen mag“. Ullrich hingegen verteidigte den Standort und die Augsburg AG: „Die AG mit den Schwerpunkten Messe- und Kongresswesen sowie Auslandsbeziehungen macht einen guten Job.“ Das Instrument einer privatwirtschaftlich geführten Wirtschaftsförderung habe sich bewährt, so Ullrich.⁸ Während Karl-Heinz Schneider nach dem Schlamassel mit dem damaligen AG-Chef Gerhard Leypoldt die Augsburg AG wieder zur GmbH degradieren wollte, möchte Volker Ullrich die privaten Kompetenzen der AG weiter ausbauen.⁹

Herr Ullrich steht also für Privatisierung und zwar ziemlich radikal, wenn er sogar dem eigenen OB-Kandidaten im Wahlkampf widerspricht. Und Herr Ecker? Auch er steht unseres Erachtens für Privatisierungen – und zwar für *massive* Privatisierungen.

Gerhard Ecker hat Ende Januar diesen Jahres eine überarbeitete Fassung einer Denkschrift vorgelegt mit dem Titel: „Was können wir uns leisten? Was müssen wir uns leisten? Augsburg muss zukunftsfähig bleiben“. Wir halten diese Schrift für ein gefährliches Papier des damaligen Finanzreferenten, ohne Konzeption, geprägt von idiotischer, sinnloser Sparwut. Die Ziele *wofür* eigentlich so massiv gespart werden soll, bleiben verborgen, die Maßnahmen weniger. Es handelte sich in der Schrift um kaum verhüllte Drohungen mit Schließungen von Einrichtungen, Verkäufen, Privatisierungen... Wir zitieren mal aus der Fassung der Denkschrift vom 31.1.2008¹⁰:

Allerdings hat auch Augsburg immer wieder Finanzprobleme; die Stadt ist oft nicht so „flüssig“ (liquide), wie sie es gerne wäre, um sämtliche ihrer stetig wachsenden Aufgaben – mindestens wie bisher – erfüllen zu können, ihr erweitertes Vermögen in gutem Zustand erhalten zu können und vielen Bürgern dringlich erscheinende Investitionen tätigen zu können; dass dies ein Problem der meisten deutschen Großstädte ist, kann kein Trost sein.

In einer Fußnote zu dieser Passage schreibt Gerhard Ecker:

⁸ http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Lokales/Augsburg-Stadt/Uebersicht/Artikel,-JU-Chef-geht-auf-Distanz-zu-OB-Kandidat-Gribl-_arid.1032014_regid.15_puid.2_pageid.4490.html

⁹ Horst Thieme 2007 in der Oktober-Ausgabe des aGuide Augsburg

¹⁰ Auf der Homepage der Stadt findet sich die sehr ähnliche Fassung vom 31.3.2008 http://www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/02ra/finanzen/finanzen_Mitteilungen/Was_koennen_wir_uns_leisten_-_13_3_08.pdf

Anders als in zahlreichen anderen deutschen Städten gab es in Augsburg (bisher) keine Mehrheit, um etwa ein Hallenbad oder ein Museum zu schließen, um dafür andere Aufgaben mit den hierfür notwendigen und dann frei werdenden Finanzmitteln erledigen zu können.¹¹

In einer weiteren Fußnote heißt es:

Um die (teilweise) Schließung von Einrichtungen zu vermeiden, zog man es vor, den Gebäudeunterhalt (fast) aller Gebäude, (z.T. erheblich) einzuschränken, wodurch ein millionenschwerer Sanierungsstau entstanden ist, nicht nur in den Schulen und Bädern, sondern auch bei den Straßen und Verwaltungsgebäuden, dem Stadttheater, der Kongreß- und der Sporthalle sowie dem Curt-Frenzel-Stadion.

Damit dürfte Ecker die angedachten Privatisierungsobjekte grob umrissen haben. An anderer Stelle schreibt Gerhard Ecker, dass das Einsparen an Personal in Augsburg an seine Grenzen stoße und eine weitere Senkung von Personalkosten nur über die Schließung ganzer Einrichten möglich sei:

Durch die langjährig schwache Finanzausstattung wurde nie überdurchschnittlich Personal aufgebaut; die seit Jahren geltenden Wiederbesetzungssperren und Einstellungsstops sowie die Zusammenlegung von Dienststellen halten die Ausgaben zusätzlich vergleichsweise niedrig. Weitere nennenswerte Einsparungen wären hier nur dann möglich, wenn städtische Einrichtungen ganz oder teilweise geschlossen würden, bestimmte Aufgaben ganz oder teilweise nicht mehr erfüllt würden oder für selbstverständlich erachtete städtische Dienstleistungen eingeschränkt werden könnten.

Man versteht nun besser, wieso der parteilose Kämmerer Gerhard Ecker fast wie selbstverständlich davon ausging, dass er auch unter einer CSU-geführten Stadtregierung nützlich wäre. Jedenfalls ist es ein Trauerspiel, wenn die LINKE im Stadtrat sich dazu hergibt, jemanden wie Ecker oder Ullrich (oder auch beide) als Wirtschaftsreferenten zu wählen! Wo man doch von der LINKEN vor der Kommunalwahl recht wenig gehört hat, aber wenn es mal eine Aussage gab, dann gaben sich diese „Linken“ als eiserne Privatisierungsgegner. Wir haben noch die Parolen im Ohr, wenn die Linke nicht in den Stadtrat käme, würden „die“ noch das Rathaus verhökern. Oder es hieß: „Privatisierung ist Diebstahl!“¹²

Die LINKE sprach sich vor den Kommunalwahlen „für Rekommunalisierung von bereits privatisierten Betrieben und Einrichtungen (z.B. Stadtwerke, AVA, Augsburg AG)“ aus. Nach den Kommunalwahlen unterstützt die LINKE die Schnapsidee der SPD, Volker Ullrich zu wählen, der genau diese Privatisierung der Augsburg AG noch ausbauen will.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht verhehlen, dass unseres Erachtens linke Stadträte Leute wie Ullrich oder Ecker auch aus friedenspolitischen Gründen nicht wählen dürften. Die JU (Junge Union) ist – was Militarismus angeht – ziemlich stramm. Und Volker Ullrich ist Bezirksvorsitzender der JU Schwaben, also ein ziemlich hochrangiger Funktionär, der sich die Linie dieser Organisation schon zurechnen lassen muss. Die JU geht mit ihrer Forderung nach „allgemeiner Dienstpflicht“ so weit,

¹¹ In einer früheren Fassung vom 2.5.2006 schrieb Ecker noch etwas deutlicher und arroganter: „Anders als in zahlreichen anderen deutschen Städten haben es beispielsweise bisher das Anspruchs- und Besitzstandsdenken breiter Bevölkerungskreise verhindert, etwa ein Hallenbad oder ein Museum zu schließen, um dafür andere Aufgaben mit den hierfür notwendigen und frei werdenden Finanzmitteln erledigen zu können.“

http://www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/02ra/finanzen/finanzen_Mitteilungen/06_05_02_finanzen.pdf

¹² **Die Schwerpunkte unserer Politik für Augsburg**, formuliert vom Kreisverband Augsburg der LINKEN vor der Kommunalwahl (Auszug):

Privatisierung ist Diebstahl! Wir sind gegen jede weitere Privatisierung von öffentlichem Eigentum. Busse und Bahnen, Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen, Strom, Gas und Wasser gehören in öffentliche Hand. Wir treten ein für Rekommunalisierung von bereits privatisierten Betrieben und Einrichtungen (z.B. Stadtwerke, AVA, Augsburg AG).

Die Bereitstellung lebenswichtiger Güter und Leistungen der Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur so kann eine demokratische Kontrolle und eine kostengünstige Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger, ungeachtet ihrer finanziellen und sozialen Möglichkeiten, gewährleistet werden.

dass sogar Hardliner wie Hans Raidel (CSU-MdB Donau-Ries) die JU warnen, sie würden mit dieser Forderung „gegen das Grundgesetz, gegen das Europäische Recht und gegen die UNO-Menschenrechtskonvention“ verstoßen. Und Thomas Silberhorn (CSU-MdB Bamberg), früher sogar im Bundesvorstand der JU, warnte die JU Bayern vor der Forderung nach allgemeiner Dienstpflicht: „Wir würden nämlich in Richtung Zwangsarbeit marschieren.“¹³

Und Herr Ecker? Als die Augsburger Friedensinitiative AFI 2004 erneut an die Stadtratsfraktionen herantrat, um wie die amerikanischen cities for peace die letztjährige Resolution gegen den Irakkrieg zu erneuern und der aktuellen Entwicklung anzupassen, teilte Herr Ecker als Stadtdirektor mit¹⁴:

Sehr geehrter Herr Stampfer,

die von Ihnen vorgeschlagenen Resolutionsinhalte [...] betreffen überwiegend Zuständigkeiten außerhalb der gemeindlichen Angelegenheiten. Diese rechtliche Problematik war auch schon im Vorfeld der Resolution des Stadtrates vom 27.03.2003 gegen den Irak-Krieg zu klären.

Zwischenzeitlich hat aber im Irak selbst eine Entwicklung eingesetzt, die begründet hoffen lässt. Äußeres Zeichen ist die vor wenigen Tagen erfolgte Verabschiedung einer vorläufigen Verfassung. Auch der zunehmende Einfluss der Vereinten Nationen kann nur positiv gesehen werden. In den USA hat durchaus erkennbar ein Umdenkungsprozess eingesetzt, was sich nicht zuletzt in den neuen offenen Kontakten mit Regierungen von „Old Europe“ zeigt. Gegen die gemeinsamen Aufbaubemühungen im Irak lässt sich aber wohl nichts einwenden, so weit diese offen und im wohlverstandenen Interesse der dortigen Bürger erfolgen. Neue Resolutionen helfen unseres Erachtens hier aber nicht weiter.

Es war 2003 zu Beginn des Krieges im Irak angezeigt, ein klares Zeichen zu setzen. Dies ist seitens der Stadt erfolgt. Angesichts der Entwicklungen in jüngster Zeit und besonders der internationalen Bemühungen sollte hingegen die Verbesserung der Situation für die Menschen im Irak oberste Priorität haben.

Wir bitten um Verständnis, wenn wir es bei der Resolution vom 27.03.2003, die nach wie vor Gültigkeit besitzt, belassen wollen.

Abdruck dieses Schreibens erhalten ebenfalls die von Ihnen angeschriebenen Stadtratsfraktionen.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

¹³ Die Junge Union Bayern spricht sich für eine Beibehaltung der Wehrpflicht in einer „modernisierten Form“ aus und meint damit „die Integration der Wehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht“.

„Die Junge Union spricht sich für eine Allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen aus.“ –(Kathrin Gwosdek) [...]

„Ich bin gegen das JU-Konzept einer Allgemeinen Dienstpflicht, weil das rechtlich nicht machbar wäre. Wir würden nämlich in Richtung Zwangsarbeit marschieren.“ – (Thomas Silberhorn, MdB)

„Eine Allgemeine Dienstpflicht verstößt gegen das Grundgesetz, gegen das Europäische Recht und gegen die UNO-Menschenrechtskonvention. Deswegen möchte ich die JU ermuntern, ihr Konzept zu vertiefen und zu ergänzen.“ – (Hans Raidel, MdB) [...]

„Ich bin für eine sicherheitspolitische Dienstpflicht.“ – (Thomas Silberhorn, MdB) [...]

„Mein Vorschlag einer sicherheitspolitischen Dienstpflicht schafft Gerechtigkeit und unterscheidet sich von einer „Allgemeinen Dienstpflicht“ deutlich. Ich bin für eine Dienstpflicht, die bei allen für die Sicherheit zuständigen Stellen erfüllt werden kann, also auch beispielsweise beim Bundesgrenzschutz, im Sanitätsbereich, beim Technischen Hilfswerk, bei den Feuerwehren oder bei der Polizei.“ – (Thomas Silberhorn, MdB)

Aus einem Bericht von einer Diskussionsveranstaltung der Jungen Union Bayern und des Wehr- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU (WPA) „Brauchen wir noch die Wehrpflicht?“ im Jahre 2004 <http://www.ju-bayern.de/data/File/Downloads/WPA-JU%20SW.pdf>

¹⁴ Antwort des OB-Referats auf eine Petition der Augsburger Friedensinitiative, 11. März 2004

Dr. Ecker

Die AFI antwortete mit einer Presseerklärung¹⁵ und das Forum solidarisches und friedliches Augsburg kommentierte im April 2004:

Sich davonstehlen, wenn es ernst wird

Ein guter Monat ist vergangen, seit Herr Dr. Ecker im Auftrag des OB die Augsburger Friedensinitiative wissen ließ, dass im Irak eine Entwicklung eingesetzt habe, „die begründet hoffen lässt“. Hoffnungsvoll stimmte Herr Ecker die Verabschiedung einer „vorläufigen Verfassung“, „der zunehmende Einfluss der Vereinten Nationen“ sowie ein „Umdenkungsprozess“ in den USA... Angesichts der heutigen Entwicklung wirken solche Aussagen geradezu lächerlich und zynisch. Man muss sich schon fragen, wie sich Leute mit so dürftigem Politikverständnis als Stadtdirektoren in der Verwaltungsspitze tummeln können? Inzwischen ist er ja zum Referenten für Finanzen, Controlling, Personal, Liegenschaften, Forsten und Sport avanciert.

Auch im März war schon erkennbar, dass im Irak ein widerrechtliches Besatzungsregime errichtet wird, das eine brutale Ausbeutung des Landes durch ausländische Konzerne organisiert. [...]

Der ganze Vorgang stand jahrelang auf der Homepage des Forums, an der LINKEN scheint das vorbeigegangen zu sein. Aber vielleicht ist die Augsburger LINKE in diesen Dingen nicht so sensibel, hat sie doch in ihrem Kommunalwahlprogramm noch fröhlich den Erhalt aller Arbeitsplätze bei EADS gefordert¹⁶ – ungeachtet dessen, dass die Augsburger Linken sich seit Jahrzehnten Gedanken um Rüstungskonversion, gerade auch bei EADS und Vorläufern macht.

Bleibt noch anzumerken, dass Gerhard Ecker von der SPD zur Wahl vorgeschlagen wurde, obwohl er sich bei der Ausschreibung um die Stelle des Wirtschaftsreferenten gar nicht beworben hatte. D.h. von dem Mann lag keinerlei Konzeption vor, wie er das Wirtschaftsreferat zu führen gedenkt. Und die LINKE wählt so jemanden blind, nur auf Vorschlag der SPD hin?!

Spinnt man die Taktik der Opposition bei der Wahl des Wirtschaftsreferenten weiter, so muss man leider annehmen, dass die Opposition in einem zweiten Wahlgang ev. Volker Ullrich gewählt hätte, nur um den Wunschkandidaten Gribls, Bubmann, zu verhindern. Denn die Stimmen von Rot-Grün-Rot für Ullrich im ersten Wahlgang konnten doch nur den Sinn haben, auch Stimmen aus CSU und Pro Augsburg auf Ullrich zu ziehen. Im zweiten Wahlgang wäre nur Ullrich, nicht Ecker, Favorit gewesen, eben mit einigen Stimmen von CSU und Pro Augsburg. Wenn die ganze Taktiererei für die Opposition Sinn machen sollte, hätte sie im zweiten Wahlgang geschlossen Ullrich wählen müssen!?

¹⁵ Sehr geehrte Damen und Herren,

vor einem Jahr hat der Augsburger Stadtrat erfreulicherweise eine Resolution gegen den Irak-Krieg verfasst und seine Übereinstimmung mit den amerikanischen Cities for peace zum Ausdruck gebracht. Diese Resolution war von der Augsburger Friedensinitiative (AFI) initiiert und von den Fraktionen der SPD und der Grünen aufgegriffen worden.

Die Augsburger Friedensinitiative (AFI) hat am 22.02.2004 wieder die Fraktionen des Augsburger Stadtrats gebeten, einen Antrag zur Stadtratssitzung am 25.3.2004 einzubringen und – wie die amerikanischen cities for peace – die letztjährige Resolution zu erneuern und der aktuellen Entwicklung anzupassen. Das Email mit dem Antrag liegt als Anhang bei.

Das OB-Referat betrachtet die Entwicklung im Irak sehr optimistisch und sieht zu unserem Bedauern keine Notwendigkeit für eine erneute Resolution.

Diese optimistische Sichtweise können wir leider nicht teilen. Die völkerrechtswidrige Besetzung des Iraks hält an, täglich sterben im Irak Menschen durch Gewalt oder an den Folgen des Krieges. Der Gefahr eines Bürgerkrieges der ethnischen Gruppen wächst zunehmend. [...] *Pressemitteilung der Augsburger Friedensinitiative 21.3.2004*

¹⁶ „Bei drohendem Stellenabbau oder Standortschließungen (EADS, Telecom u.a.) muss die Stadt alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel (rechtliche und politische) ausschöpfen um die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verhindern.“ Aus dem Kommunalwahlprogramm 2008 der LINKEN für Augsburg

Der im zweiten Wahlgang von CSU und Pro Augsburg gewählte Sozialreferent Max Weinkamm wurde übrigens von einer Auswahlkommission ausgesucht, die aus folgenden drei Leuten bestand: Jürgen Reichert (Bezirkstagspräsident), Arianus Pflips (Regierung von Schwaben), Reinhard Wemhöner (Diakonie). Im Online-Forum der Augsburgener Allgemeinen findet sich folgender Beitrag¹⁷ zu Herrn Weinkamm:

Herr Weinkamm versteht glaube ich selbst nicht ganz, warum ausgerechnet er Hummels Sozialpolitik weiterführen soll.

Der versteht das.

Pensionsaufbesserung zum Ende des Arbeitslebens. In sechs Jahren ist er 65 Jahre alt. Wurde alles mitgewählt dieses Jahr in Augsburg.

Der Vater Otto Weinkamm:

Rechtsanwalt in Augsburg

1930-1933 Mitglied der BVP-Fraktion des Augsburgener Stadtrates

1945-1952 Stadtrechtsrat, Leiter des Städtischen Wirtschaftsreferats und

1946 Oberbürgermeister in Augsburg und Gründungsmitglied der CSU

1957-1961 Vorsitzender des CSU-BV Schwaben

1952-1954 Bayerischer Justizminister

1953-1957 MdL; 1957-1965 MdB

1959-1966 MdEP (Europäisches Parlament)

Herr Max Weinkamm ist bisher Landesgeschäftsführer des Kolping-Bildungswerkes und stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Landeskomitees der Katholiken in Bayern. Die jüngsten Stellungnahmen des Landeskomitees befassen sich mit der „Ignoranz und Intoleranz“ der bayerischen Grünen, „alle religiösen Symbole aus den bayerischen Schulen verbannen zu wollen“:

Zwischen dem muslimischen Kopftuch und dem christlichen Symbol des Kreuzes liegen Welten. Deshalb verbietet es sich, die beiden Symbole gleich zu setzen. Das Kopftuch ist ein regional begrenztes und kulturell bedingtes Symbol, das keineswegs zwingend Ausdruck einer Glaubensüberzeugung ist, schon gar nicht in allen muslimisch geprägten Ländern. Das Kreuz dagegen hat eine theologisch begründete und weltweit anerkannte Bedeutung als Symbol für die Erlösung der Menschen durch den Tod und die Auferstehung Jesu Christi.¹⁸

In einer weiteren aktuellen Erklärung „Abtreibung kann und darf nicht legalisiert werden“ hetzt das Landeskomitee der Katholiken in Bayern gegen eine Entschließung des Europarates:

Der 16. April 2008 wird als schwarzer Tag in die Geschichte des Europarates eingehen. An diesem Tag hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates mit 102 gegen 69 Stimmen die Vorlage der „Kommission für Chancengleichheit von Frauen und Männern“ angenommen. Die 49 Mitgliedsstaaten des Europarates werden darin aufgefordert, „das Recht auf sicheren und legalen Zugang zur Abtreibung“ zu gewährleisten.

Letztlich drängt diese Entschließung die Mitgliedsstaaten dazu, die Tötung ungeborener Kinder weithin ohne Einschränkung zu erlauben. Ein solches Ziel würde ein Gemeinwesen jedoch ad absurdum führen: wie soll es noch ein kinder- und familienfreundliches Klima schaffen, wenn gleichzeitig die Tötung der ungeborenen Kinder staatlich erlaubt wird?¹⁹

Ab jetzt wird also im Sozialreferat nicht nur die christliche Soziallehre gelten sondern auch das

¹⁷ <http://www.community.augsburger-allgemeine.de/forum/showthread.php?t=8742&page=14>

¹⁸ <http://www.landeskomitee.de/assets/pdf/Religioese%20Symbole%20Beschluss%20Gruene%202008-06-09.pdf>

¹⁹ http://www.landeskomitee.de/assets/pdf/stellungnahme_vs_abtreibung_europarat_2008-04-18.pdf

Kruzifix und geharnischter, europafeindlicher Lebensschutz. Herr Weinkamm ist seit 1999 als Gründer und Geschäftsführer von DONUM VITAE in Bayern e.V. tätig, was 2006 bei der Verleihung der Verdienstmedaille „FÜR AUGSBURG“ von der Stadt u.a. *gewürdigt* wurde²⁰. Es reicht also nicht, wenn die berüchtigte Augsburgener Lebensschützerin Dr. Hedwig Seelentag voll des Lobes über Max Weinkamm ist²¹, Rotgrün musste ihn auch noch mit der städtischen Verdienstmedaille ehren.

Herr Weinkamm schreibt Bücher, darunter z.B. *Leistungsstarke Auszubildende nachhaltig fördern. Ein Modell zur Individualisierung und Differenzierung im dualen System*. Dieses Buch frönt ganz offen der Elitebildung.²² Was vielleicht kein Wunder ist, denn Herr Weinkamm ist zudem im Vorstand des Bildungs- und Sozialwerks der KDstV Algovia Augsburg im CV (Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen).

Auch wenn zum Schluss nicht wenige im Sozialbereich doch erleichtert waren, dass Konrad Hummel jetzt aufhört: von seinem Nachfolger scheinen ihn – im positiven Sinne – Welten zu trennen. Aber nachdem er nun schon gepackt hat und Augsburg zum zweiten Mal verlässt, wird Hummel ein drittes Mal wohl nicht mehr zurückkommen, weil ihn sonst seine Kinder „schlagen“ würden. In mittlerer Frist würden wir generell niemandem raten, nach Augsburg zurückzukommen.

Peter Feininger

²⁰ <http://www2.augsburg.de/index.php?id=7466>

²¹ <http://www.lebensfreunde.de/meinung/seelhe2.pdf>

²² *Kurzbeschreibung des Buches bei Amazon*: Diese Studie stößt in ein weißes Feld der Berufsausbildung vor. Bisher gibt es ernstzunehmende Untersuchungen, die sich darum kümmern, wie wir unsere leistungsstarken Jugendlichen in der Berufsausbildung besser fordern und fördern können, nur in Ansätzen und ganz ausnahmsweise. Aber: Ohne Eliten, ohne Leistungs- und Kompetenzträger in unserer Gesellschaft können sich weder das Handwerk noch die Industrie, weder Verwaltung noch Lehre oder Forschung im freien Wettbewerb behaupten. Eines muß bedacht werden: Im zusammenwachsenden Europa, bei zunehmender Globalisierung unserer Wirtschaft, brauchen wir leistungsstarke Kompetenzträger gerade im Handwerk und im Mittelstand. Die Leistungsstarken sind das Fundament, auf dem wir das neue Europäische Haus des ökologisch orientierten Wettbewerbs aufbauen. Daher ist diese Studie von größter Bedeutung. Sie soll Anreiz sein zu einer breiten Diskussion, wie wir unsere leistungsstarke Jugend im dualen Ausbildungssystem besser fördern können. Sie soll gleichzeitig die nötige Akzeptanz schaffen, um den darin beschriebenen Modellversuch praktisch umsetzen zu können. http://www.amazon.de/Leistungsstarke-Auszubildende-nachhaltig-Individualisierung-Differenzierung/dp/3897541319/ref=sr_1_3?ie=UTF8&s=books&qid=1215080063&sr=1-3